

Gleiche Rechte für alle

Der Grosse Rat will die bislang nur auf Verordnungsebene festgehaltenen Angebote im Schulgesetz verankern.

Nora Hoffmann

Familien dürfen aufatmen, insbesondere jene mit Kindern, die eine Privatschule besuchen. Es werden neu auf Primarstufe 12 Wochen Ferienangebote garantiert; für die Besuchenden aller Schulen. Das Schulgesetz soll angepasst werden. Grundlage dafür sind fünf Vorstösse aus dem Grossen Rat von Claudio Miozzari (SP), Sandra Bothe (GLP), Brigitte Gysin (EVP), Kaspar Sutter (SP) und Edibe Gögeli (SP).

Bislang waren familienergänzende Tagesstrukturen und Ferienangebote im Schulgesetz von Basel-Stadt lückenhaft geregelt. Der Regierungsrat beantragte, verschiedene Aspekte des Anspruchs von Eltern auf Tagesbetreuung und Ferienangebote, die bis anhin auf Verordnungsebene geregelt sind, im Schulgesetz zu konkretisieren, wie er mitteilte. Dass Kanton und Gemeinden bedarfsgerechte Tagesstrukturangebote bereithalten und mit einem pädagogischen Konzept betreiben, ist nun gesetzlich geregelt.

Eltern von Privatschülern bezahlen nicht mehr

Konkret sieht das so aus: Auf Primarstufe werden während mindestens zwölf Wochen Ferienangebote garantiert. Neu ist, dass in Basel-Stadt wohnhafte Kinder, die eine Privatschule besuchen, gleichen Zugang zu Ferienangeboten erhalten wie Kinder, welche die Volksschule besuchen. Denn: Bisher konnten Kinder von Privatschulen nur von Tagesferien profitieren, wenn das Angebot nicht ausgebucht war und die Eltern bezahlten mehr.

Weiter hat der Grosse Rat beschlossen, dass die Tagesstrukturen in den Schulräten eine feste Vertretung erhalten sollen. Mit den Gesetzesänderungen setzt der Regierungsrat die Forderungen von drei Motionen des Grossen Rates um. Die Bildungs- und Kulturkommission äusserte mit 11 zu 1 Stimmen bei einer Enthaltung Zustimmung. «Ein Teil der Kommission hätte sich ein eigenes Gesetz für das familienergänzende Tagesstrukturangebot

gewünscht», so Franziska Roth von der Bildungs- und Kulturkommission. Ein 4:8-Minderheit hatte zudem beantragt, nicht nur die Ferienangebote, sondern in Ausnahmefällen auch die Tagesstrukturen für Kinder von Privatschulen zu öffnen.

Harmonisierung der Tagesstrukturen

Die BKK empfahl wie bei den Kitas eine Harmonisierung der Tagesstrukturen. Ein Gesamtblick des Systems sei vonnöten und müsse angegangen werden, so Sprecherin Franziska Roth.

Erziehungsdirektor Conradin Cramer (LDP) sprach von einem wichtigen Schritt für das Bildungswesen. Auch wenn vieles Symbolik sei, um die Bedeutung der Tagesbetreuung zu unterstreichen. Er bat darum, den Anträgen der Bildungs- und Kulturkommission zu folgen.

GLP-Sprecherin Sandra Bothe sagte: «Schuleigene und schulexterne Tagesstrukturen, Ferienbetreuung, aber auch Kindertagesstätten sind zentrale Bausteine der familienergänzenden Kinderbetreuung in Basel-Stadt.» Immer mehr Eltern würden Beruf und Familie vereinen. Ein Blick auf den Zahlen Spiegel 2022/2023 verdeutliche die Folge: «3800 Tagesstrukturplätze wurden von 5282 Schulkindern belegt, zusätzlich zu den 4334 Kindern, die Kindertagesstätten besuchten».

Und: Die 10 000 familienergänzend betreuten Kinder und zusätzlich rund 1000 Schülerinnen und Schüler, die das Mittagstischangebot der Sekundarstufe nutzen würden, würden die Bedeutung dieser umfassenden gesetzlichen Verankerung unterstreichen, welche der Grosse Rat am Mittwoch beschlossen hat.

Die GLP betrachte diese Entwicklung der schuleigenen Tagesstrukturen kritisch, insbesondere in Bezug auf das stetige Wachstum mit bis zu 300 Betreuungsplätzen und die dadurch entstehende ständige Veränderung der Kindergruppenzusammensetzung sowie im Hinblick auf den steigenden Bedarf an Schulraum, so Bothe.



Auf Primarstufe werden mindestens zwölf Wochen lang Ferienangebote garantiert. Bild: Benjamin Manser

«Heute bleiben Schulräume ungenutzt, wenn die Kinder in der Tagesstruktur sind, und Tagesstrukturen stehen leer, wenn die Kinder in der Schule sind.»

Die Grünliberalen würden zwar mit dem Begriff «Tagesstrukturen» im Schulgesetz hadern, «sehen die Chance aber bei der Weiterentwicklung der posi-

tiven Aspekte im Stile der Tageschule und stimmen deshalb der Verankerung zu». Das tat auch der Grosse Rat mit einer einzigen Gegenstimme.